

Antrag

**einer europäischen Rechtsanwältin bzw.
eines europäischen Rechtsanwalts
auf Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer Hamm
(§ 2 EuRAG)**

**An den
Vorstand der
Rechtsanwaltskammer Hamm
Ostenallee 18
59063 Hamm**

- Anlagen:**
1. Lebenslauf mit Lichtbild
 2. Staatsangehörigkeitsnachweis (§ 3 II 1 EuRAG) in öffentl. begl. Kopie, deutsche Übersetzung erforderlich
 3. Bescheinigung der im Heimatstaat zuständigen Stelle über die Zugehörigkeit zu dem Beruf nebst beglaubigter Übersetzung (nicht älter als 3 Monate, § 3 II 2 EuRAG)
 4. Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung (Original), entweder gemäß § 51 BRAO über eine im Inland abgeschlossene Versicherung oder eine gleichwertige Versicherung im Herkunftsstaat (§ 7 I EuRAG)
 5. gegebenenfalls beglaubigte Abschrift der Promotionsurkunde oder weiterer Nachweise über den Erwerb akademischer Grade

Antragsteller/in (Name, Vornamen, ggf. auch Geburtsname)	
Wohnung (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Erreichbar unter Tel.-Nr.: Fax: Mail:
Geburtsdatum und -ort, ggf. Staat	Staatsangehörigkeit

Ich bin als Staatsangehörige(r) des Landes
berechtigt, in dem Staat
unter der Berufsbezeichnung
tätig zu sein und beantrage die Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer
..... als Europäische/r Rechtsanwältin/Rechtsanwalt.

Zu den weiteren Zulassungsvoraussetzungen beziehe ich mich auf die Angaben in dem beigefügten Fragebogen.

Meine Kanzlei im **Inland** werde ich einrichten
(Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)

bei _____

an meinem Wohnsitz.

Die dortigen Telekommunikationsdaten sind:

Tel:

Fax:

E-Mail:

Meine Kanzlei im **Ausland** habe ich eingerichtet unter
(Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)

Die dortigen Telekommunikationsdaten sind:

Tel:

Fax:

E-Mail:

Ort und Datum

Unterschrift

Fragebogen

zum Aufnahmeantrag gemäß § 2 EuRAG in die Rechtsanwaltskammer Hamm

von Herrn / Frau _____

	Frage	Erläuterungen	Antworten Zutreffendes bitte ankreuzen und ggf. durch zusätzliche Angaben ergänzen. Reicht der vorgesehene Platz nicht aus, bitte vollständige Angaben auf unterschiedlichem, besonderem Blatt beifügen.
1	Haben Sie bereits anderweitig oder früher die Aufnahme in eine Rechtsanwaltskammer beantragt?	§ 4 I EuRAG i.V.m. § 36 a BRAO	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja:
2	a) Sind gegen Sie Strafen verhängt worden? b) Haben Sie nach einer Entscheidung des BVerfG ein Grundrecht verwirkt?	Ggf. erkennende Stelle (Gericht, Staats- anwaltschaft) und Aktenzeichen angeben. Es sind auch Verurteilungen und Maß- nahmen anzugeben, die nicht in ein Führungszeugnis oder ein Behörden- führungszeugnis aufgenommen werden, sofern diese Verurteilungen im Bundes- zentralregister nicht zu tilgen sind. § 4 I EuRAG i.V.m. §§ 7 Nrn. 1-5, 36 a BRAO	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja: <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja:
3	Sind gegen Sie beamten- oder richterrechtliche Disziplinar- maßnahmen oder anwalts- gerichtliche bzw. ehren- gerichtliche Maßnahmen verhängt worden?	§ 4 I EuRAG i.V.m. §§ 7 Nrn. 1-5, 36 a BRAO	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja:
4	Sind oder waren gegen Sie auch außerhalb der Bundes- republik a) Strafverfahren b) Disziplinarverfahren c) anwaltsgerichtliche bzw. ehrengerichtliche Verfahren oder Ermittlungsverfahren zu den o.g. Verfahrensarten anhängig, die nicht zu einer Bestrafung oder Ahndung geführt haben?	§ 4 I EuRAG i.V.m. §§ 7 Nrn. 1-5, 36 a BRAO	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja:
5	Haben Sie vor Antragstellung eine andere berufliche Tätig- keit als die des Anwalts ausgeübt?	Ggf. nähere Angaben auf besonderem Blatt. § 4 I EuRAG i.V.m. § 7 Nr. 5 BRAO	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja:

12	Gehören Sie in Ihrem Herkunftsstaat einem Zusammenschluss zur gemeinsamen Berufsausübung an? Wenn ja, wie sind dessen Bezeichnung und Rechtsform?	§ 8 EuRAG	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja:
-----------	--	-----------	--

Die vorstehenden Fragen habe ich in Kenntnis des § 36a BRAO vollständig und wahrheitsgemäß beantwortet.

Für meine Vereidigung gemäß § 12a BRAO mache ich folgende Angaben:

- Ich möchte den Berufseid gemäß § 12a BRAO mit / ohne religiöse Beteuerungsformel leisten.
- Ich möchte aus Glaubens- oder Gewissensgründen keinen Eid, sondern das Gelöbnis gemäß § 12a Abs. 4 BRAO leisten.
- Ich möchte anstelle des Eides gemäß § 12a Abs. 3 BRAO die Beteuerungsformel nach dem (genaue Bezeichnung).....Gesetz leisten.

Gemäß § 6 II EuRAG ist jährlich eine Bescheinigung der im Herkunftsstaat zuständigen Behörde über die Zugehörigkeit zu dem Beruf vorzulegen.

Name und Anschrift der im Herkunftsstaat zuständigen Behörde über die Zugehörigkeit zu dem Beruf lautet:

Behörde:

Straße:

Ort:

Die Verwaltungsgebühr in Höhe von 230,00 Euro habe ich am _____ durch Überweisung auf das Konto der Rechtsanwaltskammer bei der **SEB AG, Konto-Nr.: 1023044104, Bankleitzahl: 410 101 11**, entrichtet.

Ort und Datum

Unterschrift

Merkblatt für Bewerber, die eine nichtanwaltliche Tätigkeit ausüben

Die Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer ist gemäß § 4 I EuRAG i.V.m. § 7 Nr. 8 Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO) zu versagen, wenn der Bewerber eine Tätigkeit ausübt, die mit dem Beruf des Anwalts, insbesondere seiner Stellung als unabhängiges Organ der Rechtspflege, nicht vereinbar ist oder das Vertrauen in seine Unabhängigkeit gefährden kann.

Diese Bestimmungen sind mit dem Grundgesetz vereinbar, wie sich aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgericht vom 4. November 1992 (NJW 93/317) ergibt. In diesem Beschluß sind auch die entscheidenden Auslegungsmerkmale für die zitierten Vorschriften genannt:

- Grundsätzlich sind andere Erwerbstätigkeiten neben dem Anwaltsberuf zulässig.
- Unzulässig ist eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst, die mit der Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben und einer Vertretung nach außen verbunden ist. Gegen eine wissenschaftliche Mitarbeit an der Universität bestehen im Allgemeinen keine Bedenken.
- Im Übrigen ist die Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer zu versagen, wenn sich die Gefahr einer Interessenkollision deutlich abzeichnet und dieser nicht durch Berufsausübungsregeln begegnet werden kann. Dies hat der Bundesgerichtshof zum Beispiel für den Versicherungsmakler angenommen (NJW 1995, 2357).
- In jedem Fall muss der Anwalt rechtlich und tatsächlich die Möglichkeit, das heißt insbesondere genügend Zeit für eine nennenswerte und nicht nur gelegentliche Beratungs- und Vertretungstätigkeit haben.

Damit die Vereinbarkeit der anderweitigen Tätigkeit mit dem Beruf des Anwalts geprüft werden kann, muß der Bewerber diese Tätigkeit im Einzelnen beschreiben. Bewerber, die in einem ständigen Beschäftigungs- oder Auftragsverhältnis stehen, müssen darüber hinaus darlegen, in welchem Umfang sie durch diese Tätigkeit zeitlich in Anspruch genommen werden. Wir bitten Sie, den Anstellungsvertrag und eine Freistellungsbescheinigung des Arbeitgebers für jede anwaltliche Tätigkeit beizufügen (§ 56 Abs. 2 Nr. 1 BRAO).

Nach § 56 Abs. 2 Nr. 1 BRAO sind Sie auch verpflichtet, dem Vorstand der Rechtsanwaltskammer unverzüglich anzuzeigen, dass Sie ein Beschäftigungsverhältnis eingehen, oder dass eine wesentliche Änderung eines bestehenden Beschäftigungsverhältnisses eintritt.